

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dem Volksentscheid entgegen.

Im Rechtsausschuß alles abgelehnt. — Dritte Lesung im Reichstag bevorstehend. — Volksentscheid voraussichtlich Mitte Juni.

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat heute morgen das Volksbegehrensgesetz und die zum Gesetz gestellten Abänderungsanträge der Demokraten und des Zentrums beraten. Am Schluß der Beratung wurden sowohl das Volksbegehrensgesetz als auch die beiden Anträge abgelehnt, das Volksbegehrensgesetz mit 10 gegen 17 Stimmen, der demokratische Antrag mit zwei gegen alle übrigen, der Zentrumsantrag mit 6 gegen 21 Stimmen. Die Arbeit des Rechtsausschusses ist damit erledigt. Der Regierungsentwurf, der heute im Reichstag beraten wird, hat mit dem Volksentscheid nichts zu tun.

Die dritte Lesung des Volksbegehrensgesetzes im Plenum des Reichstags ist nun in kürzester Frist zu erwarten. Das Ergebnis der Beratung wird, wie voraussichtlich ist, die Ablehnung des Volksbegehrensgesetzes sein.

Damit ist die Bahn frei für den Volksentscheid. Als Termin für den Volksentscheid kommt voraussichtlich Mitte Juni in Betracht.

Die Sitzung des Rechtsausschusses.

Der Rechtsausschuß des Reichstags trat unter Vorsitz des Abg. D. Dr. Kahl (D. Sp.) wiederum zusammen, um die Fürstenabfindungsfrage zu beraten.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung erklärte Abg. Schulte-Breslau (Ztr.), es erscheine erwünscht, zunächst über die aufgetauchten verfassungsrechtlichen Fragen eine Aussprache im Ausschuß und eine Stellungnahme der Reichsregierung herbeizuführen. Neben das durch das Volksbegehren verlangte Gesetz seien durch die Anträge der demokratischen Fraktion und des Zentrums zwei abändernde Gesetzesvorschläge gestellt worden. Bevor in die materielle Beratung dieser Gesetzesvorschläge eingetreten werde, empfehle es sich die Frage zu klären, mit welchen Mehrheiten diese abändernden Gesetze angenommen werden müßten, um neben das Volksbegehrensgesetz gestellt werden zu können. Insbesondere sei es erwünscht, daß seitens der Reichsregierung erklärt würde, wie sie sich zu diesen verfassungsrechtlichen Fragen stelle. Er biete also, zunächst eine Aussprache über diese Fragen zu beschließen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) schloß sich diesen Ausführungen des Zentrumsredners an.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

erklärte namens seiner Fraktion:

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Ueberweisung des Regierungsentwurfs für das Volksbegehren und der von den Demokraten und dem Zentrum zu diesem Regierungsentwurf gestellten Abänderungsanträge an den Rechtsausschuß lediglich deshalb zugestimmt, weil die Beratung im Ausschuß von zwei großen Fraktionen des Reichstags gewünscht wurde, nicht aber, weil uns eine Beratung im Ausschuß aus sachlichen Gründen als geboten erschien. Der Regierungsentwurf des Volksbegehrensgesetzes als sozialdemokratischer Abänderungsantrag zum Kompromißvorschlag der Regierungsparteien bereits in zwei Lesungen eingehend beraten worden, so daß eine neue Beratung im Ausschuß neue Gesichtspunkte nicht mehr zutage fördern kann und daher zwecklos erscheinen muß.

Auch der materielle Inhalt der von den Demokraten und dem Zentrum gestellten Abänderungsanträge ist in allen Sitzungen des Rechtsausschusses durchgesprochen worden, so daß auch die Ausspracheberatung dieser Anträge überflüssig ist. Die Fraktionen der Demokraten und des Zentrums fordern außerdem in der Form von Abänderungsvorschlägen so weitgehende Änderungen des Volksbegehrens, daß durch sie das Volksbegehren auf Enteignung der Fürstendörfer in einer Weise umgestaltet werden würde, die den Wünschen der 12 1/2 Millionen Wähler und Wählerinnen, die das Volksbegehren gefordert haben, in keiner Weise entsprechen würde.

Der demokratische Antrag läuft darauf hinaus, aus der Enteignung der Fürstendörfer eine bloße Abfindung derselben zu machen. Der Zentrumsantrag bringt keine endgültige Entscheidung, sondern lediglich die Verweisung der Entscheidung an ein Gericht, eine Regelung, die unsere Zustimmung nicht gefunden hat, sondern immer von uns bekämpft worden ist.

Es kommt hinzu, daß das Volksbegehren der schleunigsten Behandlung bedarf und daß es, nachdem fast ein Drittel des deutschen Volkes die Abstimmung über den Regierungsentwurf des Volksbegehrens gefordert hat, geboten erscheint, zunächst der Durchführung des Volksbegehrens freien Lauf zu lassen. Bei dieser Sachlage werden meine Freunde sich bei der Beratung des Rechtsausschusses die äußerste Beschränkung auferlegen, in der Debatte nur eingreifen, wenn irgendwelche unvorhergesehene Erörterungen stattfinden sollten, und alles tun, um so schnell wie möglich die Beratung des Ausschusses zu Ende zu führen und das Volksbegehren durchzuführen zu lassen.

Auch die Vertreter der übrigen Parteien stimmten darin überein, daß jetzt mit allergrößter Beschleunigung beraten werden müßte und langwierige Verhandlungen vermieden werden müßten.

Freiherr v. Richthofen (Dem.) wünscht eine Klärung der Frage, ob zur Gegenüberstellung eines Regierungsentwurfs gegenüber dem Volksbegehren eine einfache Mehrheit des Reichstages ausreicht. Der Ausschuß tritt alsdann in die Erörterung dieser Frage ein.

Genosse Rosenfeld erklärt, daß nach der Auffassung seiner Freunde weder der Regierungsentwurf des Volksbegehrens noch die Gegenvorschläge des Zentrums und der Demokraten verfassungsändernden Charakter trügen, insofern es sich nur um einfache Mehrheit zur Gegenüberstellung der Zentrums- und demokratischen Anträge gegenüber dem Volksbegehren handelte. Die Regierung aber und die bürgerlichen Parteien seien anderer Meinung. Wenn also wirklich diese Anträge die Verfassung änderten, sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, um sie dem Volksentscheid entgegenzustellen.

Die Vertreter der Demokratischen Partei und des Zentrums vertraten den entgegengesetzten Standpunkt.

Für die Regierung erklärte Ministerialdirektor Bredt, daß, wenn die Abänderungsanträge einen verfassungsändernden Charakter trügen, was die Regierung annehme, dann auch nach seiner Auffassung — die Reichsregierung habe noch nicht Stellung genommen — eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei, wenn außer dem Gesetz zum Volksbegehren noch Anträge anderer Art zur Volksabstimmung gestellt werden sollten.

Dieselbe Auffassung vertrat auch Ministerialrat Reisenberg, der auf Grund des Regierungsentwurfs zum Volksentscheid dieselbe Auffassung hat.

Auf eine Anfrage des Genossen Landsberg erwiderte Ministerialdirektor Bredt, daß eine Veröffentlichung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes im Reichsgesetzblatt nicht zu erfolgen habe.

Abg. v. Richthofen erklärt, daß nach dieser Auffassung der Reichsregierung eine weitere Erörterung überflüssig sei, es läge nur in der Frage, das Gesetz für den Volksentscheid dahin zu ändern, daß eine einfache Mehrheit ausreichte.

Ministerialdirektor Bredt erwiderte, daß eine Änderung des Gesetzes wünschenswert sei, da die von ihm auf Grund des geltenden Gesetzes vertretene Ansicht nicht befriedigen könne.

Der Generalstreik durchgeführt.

Abbruch aller Verhandlungen — Völlige Verkehrsruhe im Lande.

London, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Schlag Mitternacht stellten die Omnibusse und Untergrundbahnen ihren Dienst ein und wurden ordnungsgemäß, entsprechend den Weisungen der Streikleitung, in ihre Depots zurückgebracht. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat angeordnet, daß um Mitternacht der gesamte Zugverkehr eingestellt wird. Auf der Euston-Eisenbahnstation, die den Verkehr mit dem Norden vermittelt, beendeten die Eisenbahner ordnungsgemäß die Nachtschicht, doch meldete sich niemand zur Frühshift. Auf der Waterloo-Station gingen, nach einer um 1.30 Uhr eingegangenen Mitteilung, die Züge regelmäßig ab, bis die Eisenbahner ihre Arbeitsschicht beendet hatten. Der Nachtendienst der Straßenbahnen, der um 7 Uhr morgens endet, ist durchgeführt worden. Von den Londoner Morgenblättern waren bis zwei Uhr morgens „Daily Graphic“, „Daily News“, „Morning Post“ und das Arbeiterblatt „Daily Herald“ herausgekommen, zum Teil mit eingeschränkter Seitenzahl. Von „Daily Mirror“ und „Daily Telegraph“ wurden nur einige Exemplare ausgegeben, die im nächsten Augenblick vergriffen waren. In den frühen Morgenstunden erschienen weiter „Daily Chronicle“, „Daily Express“, „Times“ und „Morning Post“, zum Teil mit stark eingeschränkter Blätterzahl.

London, 4. Mai, vormittags. (Eigener Drahtbericht.) Die Straße bietet das bei Verkehrsstreiks gewohnte Bild einer endlosen Völkerwanderung von Angestellten, die den Weg zu ihren Arbeitsplätzen zu Fuß zurücklegen. Es verkehrt kein Omnibus, keine Trambahn, keine Hoch- oder Untergrundbahn; dafür sieht man viele privat Motorfahrzeuge, wobei die ältesten Wagen wieder in Dienst gestellt wurden. Covent Garden, das Zentrum für die Gemüse- und Obstversorgung Londons, bietet einstweilen das gewohnte Bild, jedoch sind die Preise um 50 Proz. gestiegen, trotz der „Festsetzung von Höchstpreisen“. Die Milchversorgung geschieht noch zu 50 Proz., die übrige Milch ist nach der von der Regierung eingerichteten Zentrale für die Milchversorgung im Hyde-Park geschafft worden. Der Eisenbahnerverband sowie sämtliche übrigen Verbände, in denen Eisenbahnbedienstete organisiert sind, haben an sämtliche Ortsgruppen noch am Montag nacht die Weisung ausgegeben, keinerlei Züge zu fahren. Diese Weisung ist durchweg befolgt worden. Die Bahnhöfe sind gesperrt. Die Zeitungen wurden in der Nacht zwar noch größtenteils gedruckt, aber nicht mehr ausgegeben. Der Verband der Seher hatte für seine Mitglieder folgende Weisung ausgegeben: Die Tagarbeiter beenden ihre Arbeit am Montag abend, die Nachtarbeiter zur normalen Stunde am Dienstag früh, die Schichtarbeiter arbeiten zuletzt die am Montag nacht beginnende Schicht. Ähnlich laufende Instruktionen sind von den Gewerkschaften der Eisen- und Stahlindustrie, der Metall- und chemischen Industrie, ferner für die Arbeiter des Bauwesens und der Erzeugung von Elektrizität und Gas für Kraft ausgegeben worden. Soweit sich die Lage am Dienstag morgen übersehen läßt, sind die Weisungen der Gewerkschaften

Der Ausschuß wendet sich dann der Frage zu, ob bei einer Abstimmung über zwei Entwürfe die Wahlberechtigten für beide Entwürfe stimmen könnten. Nach dem Vortrag entgegengesetzter Auffassungen durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien erklärt Ministerialrat Reisenberg, daß eine Eventualabstimmung nicht zulässig sei, die Wähler könnten entweder nur für den einen oder den anderen Regierungsentwurf stimmen.

Unmehr tritt der Ausschuß in die sachliche Beratung der Anträge ein. Der Regierungsentwurf des Volksbegehrens wird von 17 Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die 10 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt. Für den demokratischen Antrag, der den Fürsten eine angemessene Abfindung geben will, stimmen nur die beiden Demokraten. Der Zentrumsantrag auf Entseignung eines Berichtes, das eine angemessene Auseinandersetzung vornehmen soll, findet nur die Zustimmung des Zentrums und der Demokraten. Der Antrag wird mit 21 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Damit hat der Rechtsausschuß entschieden, daß nur der Regierungsentwurf des Volksbegehrens zur Volksabstimmung gelangt.

Schließlich soll der Ausschuß noch sich gutachtlich äußern, ob der Regierungsentwurf des Volksbegehrens verfassungsändernden Charakter habe. Genosse Rosenfeld beantragt, die Vorlegung eines Rechtsgutachtens des Reichsministers Preuß, in welchem dieser ausgesprochen hat, daß die Enteignung der Fürsten ohne Verfassungsänderung durchgeführt werden könne. Die Regierung erklärt sich bereit, das Gutachten vorzulegen.

Bei der Abstimmung spricht sich der Rechtsausschuß mit 14 gegen 12 Stimmen dahin aus, daß der Regierungsentwurf verfassungsändernden Charakter habe. Damit sind die Beratungen des Rechtsausschusses beendet. Der Regierungsentwurf des Volksbegehrens gelangt nunmehr zur Vornahme der zweiten und dritten Lesung an das Plenum des Reichstags.

durchweg befolgt worden. Millionen von Arbeitern haben erst heute früh von dem tatsächlichen Inkrafttreten des Generalstreiks Kenntnis erhalten.

Allgemeine Stilllegung im ganzen Lande.

London, 4. Mai. (WTB.) Reuter verbreitet folgende Mitteilung: Es bestehen zurzeit keine neuen Anzeichen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Gewerkschaftsfondkongreß.

Aus dem ganzen Lande wird die allgemeine Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe gemeldet. Insbesondere in Manchester und Südwaales ruht der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr vollkommen. Wo noch Verkehrsmitel in Betrieb sind, wird der Dienst von Freiwilligen geleistet.

Aufforderung zum Streikbruch.

London, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung erließ durch Rundfunk einen dringenden Appell an die Buchdrucker und Seher, sich an bestimmten Sammelplätzen zur Verfügung zu stellen. Sie garantiert den Streikbrechern Schutz, sowie Sicherstellung ihrer Zukunft.

Das Unterhaus billigt den Ausnahmezustand.

Entgegen dem gestern eingetroffenen Bericht über die Unterhausausführung, wonach Macdonald zu krank gewesen sei, um zu sprechen, wird ergänzend mitgeteilt, daß der Führer der Arbeiterpartei doch gesprochen hat. Macdonald erklärte: Wenn Unternehmer und Arbeiter sich selbst überlassen bleiben und die Lohnfrage lösen sollen, wird es nicht zu einer Einigung kommen. Solange es in der Kohlenwirtschaft keine Gleichberechtigung der Interessen gibt, so lange ist auch keine Einigung möglich. Wenn sich die Bergarbeiter mit einem Wiederaufbauprogramm einverstanden erklären sollen, das eine Verminderung der Löhne enthält, so müssen die Bergarbeiter erst das Wiederaufbauprogramm sehen. Zum Schluß erklärte Macdonald, er nehme keine seiner früheren Äußerungen zurück, in denen der Generalstreik verurteilt wird (?).

Die Debatte selbst endete damit, daß Baldwin die Proklamation des Königs, die den Ausnahmezustand verhängt, zur Kenntnis brachte und den Antrag stellte, eine Adresse an den König zu beschließen, in der das Parlament das Vorliegen des Notstandes anerkennt und die Proklamation nachträglich billigt. Die Adresse wurde mit 308 gegen 108 Stimmen bei 200 Stimmenthaltungen angenommen. Die hohe Zahl der Stimmenthaltungen ist auf die Liberalen und eine Menge Konservative zurückzuführen — gewiß jene, die in Arbeiterbezirken gewählt sind.

Der Aussprache im Unterhaus wohnte auch der Herzog von York, der zweite Sohn des Königs, sowie eine Abordnung der

Bergarbeiterinternationale unter Führung Hodges bei. Der Prinz von Wales ist aus Biarritz nach England zurückgekehrt worden.

Der erste Haftbefehl.

Gegen den kommunistischen Abg. Saliatsala, den in London gewählten Ader, ist ein Haftbefehl erlassen worden, weil er am Sonntag im Hyde Park eine aufrührerische Rede gehalten haben soll.

Die Rüstungen der Regierung.

London, 4. Mai. (W.T.B.) Alle Spezial-Konstabler wurden aufgebunden. Kriegsschiffe wurden von Portsmouth nach den verschiedenen Teilen des Landes gelandt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Hyde Park wird eine Militärleistungszentrale errichtet, und schon vor Einbruch der Nacht war in der Nähe des Marmorbogens eine ausgedehnte Budenstadt aufgestellt. Ein Fernsprechkabinett und ein geräumiges Geschäftszimmer für die Zeitung waren mit unter den ersten Bauten, die fertig wurden. Am frühen Abend kamen eine Anzahl Güterwagen an, die mit Lebensmitteln, Feldfrüchten und Zelten beladen waren. Eine Verbandsstation wurde in der Mitte des Parks errichtet.

Der Aufruf an die Gewerkschaften. — Das unzeitige Ultimatum.

London, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften hat nach in der Nacht von Montag zu Dienstag eine Proklamation an die Mitglieder erlassen, in der er den Kampf einen Verteidigungskampf nennt, der nicht gegen das Volk gerichtet sei. Die volle Verantwortung für die Folgen falle auf die Regierung und die Unternehmer, die den Versuch unternommen haben, die Lebenshaltung der britischen Arbeiterklasse herabzubringen.

Ueber die Vorgänge in der Nacht von Sonntag zu Montag erfährt der Korrespondent von unrichtiger Seite, daß das Ultimatum der Regierung auf Zurücknahme der Generalstreikparade gerade in dem Augenblick einlief, als dieser mit der Exekutive der Bergarbeiter positive und konkrete Vorschläge an die Regierung formuliert hatte, die den Ausbruch des Generalstreiks verhindern und eine ehrenhafte friedliche Regelung ermöglichen hätten. Das Ultimatum der Regierung hat aber dem Generalkonvent die Unterbreitung dieser Vorschläge unmöglich gemacht.

Die Durchführung der Generalstreikparade ist im Laufe des Dienstagsvormittags völlig planmäßig verlaufen. Nach den in den Hauptquartieren der beteiligten Gewerkschaften eingelaufenen Berichten ist der Generalstreik praktisch überall durchgeführt.

Macdonald über die Vorwände der Regierung.

London, 4. Mai. (W.T.B.) Macdonald sagte gestern Abend auf einer Konferenz der Londoner Arbeiterpartei, die Regierung habe die Schuld an dem Generalstreik auf den Gewerkschaften abgewälzt. Sie habe auf ihre Würde gepöcht und sei nach Hause gegangen, ohne die Verhandlungen zu beenden, oder dem Gewerkschaftskongress die Möglichkeit zu geben, dies zu tun. Mit solchen erbärmlichen Vorwänden stürze die Regierung das Land in alle Arten von Schmierigkeiten. Wenn die andern mächtiger seien als man selbst, dann dürfe man nicht so töricht sein, gegen ihre Bajonette anzurennen, sondern müsse erst in Stellung gehen, wenn man stark sei. Er könne nicht sagen, ob dieser Kampf lang oder kurz, ob erfolgreich oder erfolglos sein werde. Wenn man die Menschen nicht dazu bringen könne, für das Recht zu kämpfen, ohne Rücksicht auf den gegenwärtigen Erfolg, dann könne man sie überhaupt nicht zum Kampf bringen. Man müsse sein Bestes tun, einen Erfolg zu erzielen. In den nächsten Tagen werde vielleicht eine große Zahl Menschen in dem ehrlichen Glauben, daß die Verfassung und die Grundlagen des Landes bedroht seien, zur Regierung stehen, aber sobald die Gefahr vorüber und der Frieden wiederhergestellt sei, würden bestimmt Tausende sich gegen die Regierung wenden und verlangen, daß sie gehe.

Arbeiter-solidarität im englischen Großkampf Warum die englischen Gewerkschaften den Generalstreik proklamierten.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt eine Darstellung der Konfliktursachen im englischen Bergbau, die nicht sonderlich durch Sachkenntnis getrübt ist. Am Schluß dieser Darstellung wird behauptet, daß die englische Regierung beabsichtige, die Garantie für eine große Anleihe zu übernehmen, die zur Reorganisation des englischen Bergbaues verwendet werden soll. Am Finanzdienst dieser Anleihe sollen sich, behauptet die „Tägliche Rundschau“, die Bergwerksbesitzer und die Gewerkschaften beteiligen.

Es ist natürlich ein ausgelegter Blödsinn, zu behaupten, die Gewerkschaften würden sich irgendwie an dem Zinsendienst dieser Anleihe beteiligen, die den Bergwerksbesitzern zugute kommen soll. Die „Tägliche Rundschau“ verbreitet diesen Blödsinn aber nur, um zu behaupten, daß die englischen Bergarbeiter durchaus einig seien, mit der Regierung und den Bergwerksbesitzern zur Wiederherstellung des deutschen Bergbaues. Wie es mit dieser Einigkeit bestellt ist, zeigt ja am besten der englische Generalstreik.

Die „Tägliche Rundschau“ setzt diesen Blödsinn jedoch nur deswegen in die Welt, um von den deutschen Bergarbeitern zu verlangen, sie sollen durch Verfahren von Ueberschichten den englischen Bergarbeitern in den Rücken fallen. Die Stellung der „Täglichen Rundschau“ beweist die enge Solidarität zwischen den deutschen und den englischen Kapitalisten.

Unter den vielen Aufrufen, die die Kommunisten veröffentlichten, worunter sich in der heutigen „Roten Fahne“ auch ein Aufruf des Exekutivkomitees der sogenannten kommunistischen Internationale befindet, der über drei Seiten breitgetretene Belanglosigkeiten enthält, ist auch ein Aufruf des Zentralkomitees der KPD. zu verzeichnen. Dieser Aufruf polemisiert hauptsächlich gegen die deutschen Gewerkschaften. Es wird auf das Beispiel der englischen Gewerkschaften hingewiesen, die den Bergarbeitern gegenüber durch den Generalstreik ihre Solidarität bezeugen. Nun wird auch den Verfassern dieses Aufrufes nicht unbekannt sein, daß ein derartiger Generalstreik in England noch nicht dagewesen ist. Warum aber haben die englischen Gewerkschaften diesmal von vornherein zu dem äußersten Mittel der Solidarität gegriffen?

Die Erklärung der „Roten Fahne“, daß dieses Vorgehen dem Einfluß der kommunistischen Minderheit (8000 Mitglieder in ganz England) zu danken sei, ist vor allen Dingen ein Armutzeugnis für die deutschen Kommunisten. Wenn es den paar englischen Kommunisten gelingt, die großen konservativen Gewerkschaften Englands vor Moskaus Parteikarren zu spannen, Leute wie Thomas und Macdonald in die Dienste Moskaus zu pressen, wie unfähig müssen doch die deutschen Kommunisten sein, daß ihnen nirgend auch nur die kleinste „Bekehrung der Kampffront“ gelingen will.

In Wirklichkeit ist der Einfluß der Kommunisten auf den englischen Generalstreik ungefähr ebenso groß wie der der Marxbewohner. Seit dem Waffenstillstand im Juli 1923 haben alle englischen Unternehmungen sich außerordentlich große Kohlenvorräte hingelagert. Man kann annehmen, daß die englische Industrie, die Eisenbahnen und Kraftwerke für mindestens einen Monat mit Kohlen eingedeckelt sind. Ohne den Generalstreik wäre der englische Bergarbeiterstreik so gut wie aussichtslos. Diese Tatsache, die den englischen Gewerkschaftsführern natürlich genau bekannt ist, zwingt die gesamte englische Arbeiterkraft zur sofortigen aktiven Solidarität, wenn nicht nach kurzer Zeit der Kohlenabbau auch in den anderen Berufen verallgemeinert werden soll. Die englische Regierung und die gesamten englischen Unternehmer haben sich acht Monate lang — während der Zahlung der Staatszuschüsse — auf diese Entscheidungsschlacht vorbereitet. Die englischen Arbeiter müssen jetzt — unter gewiß nicht sonderlich günstigen Bedingungen — diese Schlacht annehmen.

Einstellung des Kohlentransports nach England.

Amsterdam, 4. Mai. (W.T.B.) Der Geschäftsführende Vorstand der Transportarbeiterinternationale trat gestern hier zur Besprechung des großen Arbeitskonflikts in England zu-

sammen. Von den der ITZ. angeschlossenen englischen Organisationen, sowie vom Internationalen Bergarbeitersekretariat waren Telegramme eingelaufen, in denen die der ITZ. angeschlossenen Organisationen des europäischen Festlandes zur Solidarität mit den englischen Arbeitern aufgefordert werden. Auf Grund der im April gefassten Beschlüsse des Generalkonvents der ITZ. (daß nämlich im Fall eines englischen Kohlenarbeiterstreiks und nach Aufforderung aus England die Zufuhr ausländischer Kohle nach England eingestellt werden soll. Red. des „Borm.“) wurde beschlossen, sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen, um dem Ersuchen der englischen Organisationen stattzugeben. Die Transportarbeiterverbände der wichtigsten europäischen Länder sind telegraphisch angewiesen worden, die Steinkohlenausfuhr nach England, sowie jede Anmusterung für englische Schiffe zu verhindern.

Der holländische Zentrale Transportarbeiterbund hat einen Aufruf an die holländischen Hafenarbeiter und Seeleute gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, die britischen Gewerkschaften bei ihrem Kampfe soweit wie möglich zu unterstützen, deshalb keine Steinkohle nach England zu verschiffen, an Schiffe, die ursprünglich Bunkerkohle in englischen Häfen einnehmen sollten und statt dessen nach Holland kämen, die Verladung dieser Bunkerkohle zu verweigern und sich ferner nicht für englische Schiffe anmustern zu lassen.

Amerikanische Hilfsaktion?

Coshocton (Oio), 4. Mai. (W.T.B.) Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes, Green, erklärte, er würde die Stellungnahme der organisierten Arbeiterklasse Amerikas zum Bergarbeiterkonflikt in England wahrscheinlich heute bekanntgeben. Vorher werde er noch mit anderen Beamten des Verbandes Rücksprache nehmen.

Die internationale Solidarität.

Amsterdam, 4. Mai. (W.T.B.) Der Sekretär der Gewerkschaftsinternationale, Dudgeest, hat in einem Interview erklärt, daß die Gewerkschaftsinternationale, die über ein Vermögen von 200 Millionen Gulden verfüge, die englischen Streikenden unterstützen werde. Die Gewerkschaftsinternationale habe bereits ein Rundschreiben an die einzelnen Verbände internationaler mit der Aufforderung geschickt, die englischen Arbeiter zu unterstützen. Wenn die englischen Arbeiter nur auf ihre eigenen Mittel angewiesen wären, so könnten sie zwar den Streik in vier bis fünf Wochen siegreich beenden. Wenn sie dagegen die volle Unterstützung ihrer ausländischen Kameraden erhielten, so könnte der Zustand infolge dieser moralischen und finanziellen Unterstützung noch länger dauern.

Stimmen der englischen Presse.

London, 4. Mai. (W.T.B.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt im Leitartikel, die Regierung habe nicht nationale, sondern Klassen- und Parteinteressen vertreten. Die Nation werde das endgültige Urteil fällen. Wenn die Arbeiter, bevor ihr Sieg komme, Beiden auf sich nehmen müßten, würden sie dies im Interesse der großen Sache, um die es geht, gern tun. Die Opfer würden nicht vergebens gebracht sein.

Die radikale „Daily News“ spricht in einem Leitartikel die Ansicht aus, daß die Bergleute das Recht auf ihrer Seite hätten. Sie seien aufgefordert worden, einer sofortigen Lohnverminderung zuzustimmen gegen das bedingte Versprechen, daß die Grubenbesitzer, und die Regierung Reformen vornehmen würden. Die Bergleute seien berechtigt gewesen, an dem Willen und vielleicht auch an der Fähigkeit dieser beiden anderen Parteien zu zweifeln, die Reformen durchzuführen.

„Times“ sagt: Das Uebergreifen des Streiks von einer Industrie auf alle Industrien habe seinen Charakter geändert. Jetzt sei die Freiheit der Verfassung Englands in Gefahr. Die Tatsache, daß die Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten ständig erfolglos blieben, werde später in ruhigen Zeiten vielleicht die Einsetzung eines Lohnregulierungsausschusses nach dem Vorbild des für die Eisenbahnen bereits bestehenden erforderlich erscheinen lassen, aber diese Frage müsse ebenso wie die Frage der Reorganisation der Bergwerksindustrie aufgeschoben werden, bis bessere Zeiten gekommen seien.

Kunst aus Schweden.

Ausstellung im ehemaligen Kronprinzenpalais.

Schwedens Maler waren von jeder Lehrtätigkeit des Auslands. Im 18. Jahrhundert erlernten sie ihre Kunst bei den Holzschnitzern Frankreichs. Später kamen sie zu uns; die Genremaler gingen nach Düsseldorf, die Historienmaler nach München. Raucher wurde Franzose, einige siedelten sich in Deutschland an. Seit einem Menschenalter ist wieder Paris die Lehrstätte. So hat sich eine bodenständige, wurzelhafte Materie, wie die schwedische Volkskunst sie hervorbrachte, in der Kunst der Künstler nicht entwickelt. Die Motive sind schwedisch: die Landschaft, die Kostüme. Technik und Auffassung stehen im Bann fremden Wesens. Starke Persönlichkeiten entstanden nicht. Dafür eine stattliche Zahl technisch solider, kultivierter, geschmackvoller Schaffender. Fester, sicherer Boden, den andere urbar gemacht haben. Achtenswertes Gesamtniveau, dem die ragen den Gipfel fehlen. Gut bürgerliche Kunst, Kunst der goldenen Mittelstraße.

Der stärkste unter den auf der Ausstellung Vertretenen ist Isaac Grünewald (1873—1884), von urmächtiger, malerischer Kraft, aus dessen festgemauerten Flächen eine elementare Formensprache spricht. Neben ihm die temperamentvolle, schmelzige Vera Nilsson (1872—1886), monumentale in dem Sommerbild (127) mit dem schlafenden Rot, bis neugierig aus grünem Felde heraussticht. Nils von Dardel (1875—1886), dessen Primitivität zuweilen gefühlt wird (100), ganz eigenartig in der Kunst, aus halbkaritativen, schmutzigen Seelischen zu gestalten und Anecdotes resillos in Farbe und Linie zu überlegen (97). Leander Engström (1810—1886) fühne Farbgebung berauscht die Sinne und bringt nur einmal (110) jögern ins Herz. Die Arbeiten von Nils Kreuger (1823—1886) sind alle in ihrer Art vorzüglich, nur ist die Art nicht Eigenart: von Gogha und Segantinis Geist hat sie beherrscht. Immerhin gelingen im Bilde des „Weißen Kalbes“ (526) wirkungsvollste stichwortartige Kontraste. Die ältere Generation ist durch Oskar Björck vertreten, der elegante, gut arrangierte Bildnisse (69—78) zeigt. Dann durch Richard Berg (48—53), den die impressionistische Dunkelmalerei des ehemals geizigen Franzosen Eugen Carriere beeinflusst und dessen Strindberg-Porträt (48) in theatralischer Aufmachung kalt läßt. Schönfarbige, in ihrer Schlichtheit sympathische Landschaften des Prinzen Eugen (127—143), naturalistische Momentaufnahmen aus dem Tier- und Vogelleben mit starker koloristisch-dekorativer Note, von Bruno Niljefors (355—364), atmesterlich solide, vornehme Malereien von Ernst Josephson, ohne rechte Wucht und Kraft, aber eine Freude für Genießer farbiger Finnen, die schweren Farbenblänge Karl Nordströms (437—444) und die mit virtuoser Bravour hingestrichenen Impressionen von Anders Zorn (567—580) runden das Bild der älteren Generation, von der Carl Larsson (337—354) mit seinen technisch braven, etwas weichen, kokett selbstgefälligen Arbeiten ins Fahrwasser der Jungen hinüberleitet.

In diesem Fahrwasser — nicht das Lebensalter, sondern die Richtung ist bestimmend — segelt man vor allem mit französischen Winden. Raffaeli, Koussau, der Jölicher, und andere treiben manches Segel. Karl Janssons Stillleben mit ihren hellen,

locker abgesetzten Farbflächen (235—241) sind von Raffaele beeinflusst. Eugen Jansson malt Stockholmer Landschaften (264—267), wie sie Whistler gesehen, aber ungleich stärker und feiner gegeben hätte. Der Rest steht im Zeichen voreristischer Auffassung: der farbig vornehme Erik Hallström (190—197); Arvid Fougeud (146—150) mit seiner unpathetischen, präraffaelitischen Freude am sauberen, schmuckenden Detail; die minutiös spielerische Kleinplastik Gunnar Svenjons (547—555), Otto Skölds (526—536) linientreue Gegenständlichkeit, die — seltsam — bei der Gestaltung eines italienischen Rotos (532) ihren Charakter ändert, materisch und temperamantvoll wirkt.

Kultivierter Geschmack, technische Gewandtheit und eine gewisse liebenswürdige, behäbige Biederkeit sind die Kennzeichen fast aller dieser Maler. Es fragt sich nur, ob diese Eigenschaften für die gesamte schwedische Kunst der Gegenwart charakteristisch sind. Ob die Schau im Kronprinzenpalais ein richtiges Bild gibt. Die Arrangements sind ältere schwedische Akademiker und Museumsleute. Es besteht der Verdacht, daß sie uns zeigen, was in Schweden war und ist, aber nicht das, was wird. John Schilowski.

Die Dresdener Gartenbauausstellung.

Die Jubiläums-Gartenbauausstellung, die in der letzten Aprilwoche in Dresden eröffnet wurde, hat schon bei ihren Vorbereitungen so starkes Interesse auf sich gezogen, daß sie bereits am ersten Sonntag nach der Eröffnung von 30 000 Personen besucht wurde. Ueber ein Drittel des Großen Gartens ist in die Ausstellung einbezogen worden, so daß die jungen Anlagen von 1926 in einen Rahmen hineinkomponiert werden konnten, dessen Schönheit seit 200 Jahren neben der Sirlina, dem Zwinger und der Schloßkirche Schwelms den Ruhm der sächsischen Landeshauptstadt bildet. Seine volle Schönheit wird dieser Teil der Ausstellung freilich erst entfalten, wenn im Juni der „riesengroße Rosengarten“ in Glanze seiner Blütenpracht strahlen und der Grüne Dom, das Zentrum aller Anlagen, wirklich grün geworden ist. „Hier ist es“ — nach den Worten des Schöpfers des Gesamtentwurfes Gustav Winger (Berlin) — „nach großen Anstrengungen gelungen, alle beteiligten Aussteller so für den Gemeinschaftsgedanken zu begeistern, daß sie sich der Idee, einen nie gesehenen Blumen- und Blütenpark zu schaffen, freudig hingaben. Unerrückbar eingefügt in den alten, wundervollen Baumbestand, geboren aus dem Besen der Landschaft, so fügen sich hier die Pflanzen, Wege, die Gestaltung des Erdbodens, der Mauern und Bauten zu einem Ganzen, dessen zwingendster Zauber wohl keiner entgehen wird, der jemals in diesem Park gewandelt ist.“

Es ist noch gar nicht lange her, daß die Tulpe bei uns nur eine geringe Beachtung fand. Doch man ihr heute wieder die Stellung einräumt, die dieser prächtigsten und leuchtendsten Frühlingsblüherin zukommt, zeigt die Frühjahrsblumenschau an allen Ecken. Sinnvoll bedeckt sie in großen Flächen die „große Schmuckanlage“, hanteln stehen Tulpen wie leuchtende Lampions entlang der Stieglingshäuser; an einer anderen Stelle hat man die ganze Gesellschaft gemischt und ruft so verblüffende Wirkungen hervor. In den Hallen aber herrschen jetzt die Dresdener Spezialgewächse: Agaven, Rhododendron, Kamelien und die verschiedensten Formen der Urka. Wenn man schließlich an anderer Stelle die Stimmformen

der Bellagonie neben den gärtnerischen Erzeugnissen in dieser Blumenart sieht, wenn man die neuen Hortensienformen bewundert und über die an Bizarrheit unübertrefflichen Dräiden immer aufs neue entzückt ist, dann gewinnt man allerbald Hochachtung vor den Leuten, die uns dieses Blumenwunder schenken.

Dr. Kurt Schumann (Dresden).

Der dramatisierte Hanns Heinz Ewers. Siegfried Geyer hat aus dem heute bereits recht veralteten Roman des Hanns Heinz Ewers „Mrauna“ ein Theaterstück gemacht, das sich als ein Märchenstück für die angefaulte reifere Jugend mit perversten Reizungen erweist. Die dramatische Spannung des Stücks besteht darin, daß die Titelbartheleim frei geliebt von Akt zu Akt mehr von ihren körperlichen Reizen entzückt, bis sie im letzten Bild ganz nach auf der Szene erscheint. Die Vorstellung im Trion-Theater stand unter dem Niveau einer schlimmen Vorstadttheater. Der Theaterkritiker ist hier nicht mehr zuständig. Dgr.

Die Orientvölker in Sowjetrußland. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osiuropas veranstaltet in dieser Woche in ihren Räumen Friedrichstraße 103 eine Ausstellung von Publikationen der Rationalisierungsstelle der in Sowjetrußland lebenden Völker des Orients. Die Ausstellung wurde eröffnet durch einen Vortrag von Prof. Jakobow aus Moskau, dem Vorsitzenden des dort soeben gegründeten Komitees für Erforschung der Sprachen und Kulturen der Orientvölker in der Sowjetunion. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Die Orientvölker sehen sich in Sowjetrußland zusammen aus hundert verschiedenen Stämmen mit eigenen Sprachen und einer Bevölkerungszahl von 32 Millionen. Mehr als die Hälfte von ihnen schafft sich erst jetzt ihre nationale Kultur und ihr nationales Schrifttum. Hunderte von Alphabeten werden ausgearbeitet, und in den Schulen und in den umfangreichen Publikationen wird die nationale Sprache zur Anwendung gebracht. In verschiedenen Universitäten sind Lehrstühle für diese nationale Literatur begründet worden, die einen Stamm von Gelehrten für die Arbeit unter den Orientvölkern heranbilden sollen. Innerhalb dieser Völker macht sich ein starker Drang nach der europäischen Kultur bemerkbar. Bezeichnend hierfür ist die Tatsache, daß viele Stämme ohne weiteres die lateinischen Schriftzeichen ihren Alphabeten zugrunde gelegt haben. Prof. Jakobow sprach den Wunsch aus, daß sich auch deutsche Gelehrte an diesem Kulturwerk beteiligen möchten, deren Mitarbeit von Sowjetrußland mit Freuden begrüßt werde.

Vogelschau durch die Reichsbahn. Die Reichsbahnverwaltung hat die Anordnung getroffen, daß mit Rücksicht auf die in den letzten vier Tagen im Reichsbahnverkehr in der Zeit von Anfang März bis Mitte September jedes Besondere der Heden auf den Bahngeländen zu unterbleiben hat.

Ein Epigrammenfest in Calais. Die Stadt Calais hat beschlossen, ein Epigrammenfest, verbunden mit einer Schule für dekorative Kunst einzurichten. In diesem Museum soll die Entwicklung der Epigrammatik vom Jahre 1816 bis zum heutigen Tage gezeigt werden.

Im Englischen Seminar in Berlin W.T.B. 7. Dorostenstr. 6, spricht am Freitag, den 7. Mai, 6.30 nachmittags, der bekannte amerikanische Schriftsteller D. G. Schaffner über den modernen Romanismpfeiler Jack London.

Die Reichsbahnreklame.

Ausweichende Erklärungen der Reichsbahn.

Zu den Mitteilungen in unserer gestrigen Abendausgabe erklärt die Deutsche Reichsbahngesellschaft, es sei unrichtig, daß sie von der Reichsbahnreklamegesellschaft die der Reichsbahn zustehenden Ertragsanteile nicht oder nur zum geringsten Teile erhalten habe. Die Reichsbahn hätte vielmehr — so wird sehr unbestimmt erklärt — etwa 40 bis 50 Proz. dieser ihr zustehenden Beträge erhalten.

Was unsere weiteren Angaben betrifft, daß die Reichsbahngesellschaft nunmehr den nicht erfüllten Vertrag, statt ihn wegen der Nichterfüllung aufzuheben, erst noch kündigen wolle, so sagt die Reichsbahngesellschaft, daß sie ein Recht zur Aufhebung dieses Vertrages zu ihrem Bedauern nicht habe; der Vertrag lasse die Reichsbahn nicht Herr im eigenen Hause sein, aber trotzdem könne sich die Reichsbahn von diesem Vertrag nicht auf kurzem Wege befreien.

Endlich, so erklärt die Reichsbahn zum Schluß, gäben unsere Mitteilungen über eine geplante Ablösung des Vertrages in einer für Herrn Edmund Stinnes überaus vorteilhaften Weise nur das Angebot des Herrn Stinnes wieder, aber keineswegs sei die Reichsbahn geneigt, auf dieses Angebot einzugehen. Insbesondere komme ein Ablösungsbetrag von vier Millionen Mark, ein Generaldirektorengelalt für den Direktor und auch die Übernahme der Schuld „Stinnes“ von einer Million Mark zu 15 Proz. jährlich nicht in Frage.

Die Tatsache, daß ein so ungeheuerliches Angebot des Herrn Edmund Stinnes gemacht worden ist, wird also nicht in Abrede gestellt und es wird auch nicht erklärt, daß die Reichsbahn ein derartiges Angebot rundweg zurückgewiesen habe. Mehr ist jedoch über den Inhalt der Verhandlungen, die dieses Angebot zur Folge gehabt zu haben scheinen, aus der Reichsbahngesellschaft nicht herauszubekommen.

Nach diesen Erklärungen steht also fest, daß die Reichsbahn verhandelt, und daß sie Kaufabsichten hat. Vor wenigen Tagen noch leugnete sie beides ab.

Presse und Justiz.

Der Reichsverband der Presse gegen die Ausweisung des „Vorwärts“-Vertreters aus dem Gerichtssaal.

Wolffs Bureau meldet: Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse beschäftigte sich zunächst mit der Revision der Verbandsrichtungen, für die sowohl der Vorstand des Reichsverbandes als der Vorstand des Bezirksverbandes Entwürfe vorgelegt hatten. Sodann erfolgte die Wahl der Delegierten für den am 29. und 30. Mai in Düsseldorf stattfindenden Verbandstag. Zu Delegierten Berlins wurden gewählt die Kollegen Ackermann, Baeker, Bernhardt, v. Biederman, Dr. Breslauer, Dr. Doosik, Goeres, Leo Joseph, Klähs, Kurt Rohner, Reumann, Pfeiffer, Dr. Rollaczek, Dr. Volener, Rippner, Saterius, Schieferdecker und Steinberg. Zu dem nächsten Punkte der Tagesordnung: „Die Pensionsversicherung“ wurden eine Reihe von Beschwerden vorgebracht, die der Geschäftsführende Vorsitzende Richter dem Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt der Deutschen Presse zu unterbreiten versprach. Auch über die Krankenversicherung wurden Klagen laut, doch soll über dieses Thema noch in einer besonderen Mitgliederversammlung verhandelt werden.

Endlich nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse nimmt mit Befremden Kenntnis von dem Vorgehen des Landgerichtsdirektors Schulze gegen den Richterstatler des „Vorwärts“. Leo Rosenthal, der auf die irrtümliche Behauptung hin, daß der Richterstatler zeichne, ausgewiesen wurde, ohne daß der Vorsitzende ihm überhaupt die Möglichkeit gewährte, diesen tatsächlichen Irrtum aufzuklären. In diesem Verhalten des Gerichtsvorherrn liegt eine Mißachtung des Journalistenstandes, gegen die die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Protest erhebt.“

Neue Reinigung.

Endgültiger Ausschluß von Schwarz und Korsh.

Die „Rote Fahne“ teilt mit: Das Zentralkomitee der KPD. faßte am 30. April folgenden Beschluß:

1. „Das ZK. beschließt: die Genossen Korsh und Schwarz werden aufgefordert, ihre Reichstagsmandate bis Montag, den 3. Mai, mittags 1 Uhr, niederzulegen.“
2. „Ist diesem Beschluß in der vorgeschriebenen Zeit nicht Rechnung getragen, so tritt automatisch der Ausschluß aus der Partei in Kraft. Dieser Ausschluß ist dann sofort der Öffentlichkeit mitzuteilen.“

Korsh und Schwarz haben ihre Mandate nicht niedergelegt, wohl aber haben sie das Reichstagsbureau aufgefordert, die Diäten in Zukunft nicht mehr dem Sekretariat der Kommunistischen Fraktion, sondern ihnen persönlich auszuhändigen.

Mit dem Ausschluß von Korsh und Schwarz hat die Partei auch formal den Bruch mit Elementen vollzogen, die mit dem Kommunismus nichts mehr zu tun haben. Ihre konterrevolutionären Auffassungen sind bereits eingehend widerlegt worden. Hinzukam noch, daß Korsh und Schwarz eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gegen die Partei unternommen haben. Fraktionskonferenzen wurden in Dortmund, Hannover und Berlin abgehalten. Noch am Karfreitag waren Korsh und Schwarz mit dem ausgeschlossenen Rah zusammen in einer Reichskonferenz, in der eine Reihe Beschlüsse, die sich gegen die Partei richteten, gefaßt wurden.

Das ZK. mußte insolge dessen die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Tätigkeit dieser parteifeindlichen Elemente zu unterbinden.

Das ZK. fordert alle Genossen auf, jede Verbindung mit den ausgeschlossenen Korsh und Schwarz abzubringen. Genossen, die nach weiter die Verbindung mit den ausgeschlossenen aufrechterhalten, stellen sich damit außerhalb der Reihen der Partei.

Damit ist nur der endgültige Trennungsschritt gezogen. Daß die KPD. mit diesem Beschluß so lange gezögert hat, erklärt sich aus den starken inneren Schwierigkeiten. Die ausgeschlossenen haben in allen wichtigen Organisationen ihre Vertrauensmänner und Verbindungsleute. Von ihnen gehen die Fäden zu den übrigen linken Gruppen und die Zentrale wünscht die „Absplittierungen“ auf ein möglichstes Mindestmaß zu beschränken. Wie weit ihr das gelingen wird, muß die Entwicklung der nächste Zeit zeigen.

Elternbeiratswahlen!

Die Wahlperiode für die Elternbeiräte ist abgelaufen. Das Provinzialschulkollegium hat als Termin für die Elternbeiratswahlen für sämtliche öffentlichen und privaten Schulen

Sonntag, den 6. Juni 1926.

festgesetzt. Alle Elternbeiräte, auch die erst vor kürzerer Zeit für zwei Jahre gewählt, sind neu zu wählen. Die Wahlordnung in der Fassung des Erlasses vom 12. April 1922 bleibt unverändert maßgebend. Die Verfügung an die Schulen zur Aufstellung der Wählerlisten ist bereits ergangen. Die Auslegung der Listen muß spätestens in der Zeit vom 9. bis 22. Mai erfolgen, zweidientlich werktäglich von 5—7 Uhr nachmittags und Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Anderweitige Regelung ist gegebenenfalls im Benehmen mit dem bisherigen Elternbeirat zu treffen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind nur bis zum 30. Mai 1926 zulässig. Die Kandidatenlisten müssen spätestens am 27. Mai eingereicht sein. Ihre Veröffentlichung muß bis zum 29. Mai erfolgen.

Wir kommen wahrscheinlich mit der Elternbeiratswahl in die Aktion für den Volksscheid hinein, was den Anhängern des Schulfortschritts den Wahlkampf erschweren wird. Die Christlich-impetivistischen als Vertreter der Reaktion werden dadurch im Vorteil sein, daß sie ihre Schäflein sicher am Bändel haben und in geschlossenen Veranstaltungen, in der Kirche und durch stille, emsige Hausagitation einen festen Stamm von Anhängern gesammelt haben, während das Interesse der Arbeiterklasse durch den Volksscheid stark in Anspruch genommen ist. Die Gleichgültigkeit der Arbeitereltern war bisher der beste Bundesgenosse der Reaktion. Betrag doch ausgerechnet in Arbeitervereinen die Beteiligung an der Elternbeiratswahl nur 15 bis 30 Proz. Die Anhänger des Schulfortschritts werden also diesmal noch mehr als bisher alle Kräfte anspannen müssen, um den Christlich-impetivistischen das Wasser abzugraben. Das „Rote Berlin“ darf auch in Schul- und Erziehungsfragen den Schwarzen keine Mehrheit gestatten.

Ein tolles Diebstahl.

Die Einbrecher im Koffer.

An ein Stück aus einem Detektivroman erinnert ein Einbruch, der gestern morgen in der Rosenthaler Str. 68 entdeckt wurde. In einem Pensionat, das hier im 2. Stock über einem Konfektionsgeschäft im 1. Stock liegt, stiegen am Donnerstag voriger Woche ein Mann und eine Frau ab, die sich Moritz Stein und Berta Markowitsch nannten und angaben, daß sie in gemeinsamen Geschäften aus Warschau nach Berlin gekommen seien.

Sie nahmen ein Vorder- und ein Hinterzimmer. Bald nach ihrer Ankunft fuhr ein Rollwagen vor, der als Gepäck zwei große altertümliche Koffer brachte, die sehr schwer waren. Der Kutscher und zwei Begleiter schafften sie hinauf. Auch der Wirt legte noch mit Hand an. Die Gäste gingen gar nicht aus und räumten auch selbst ihre Zimmer auf. Der Mann hielt sich stets im Hinterzimmer auf, die Frau meistens im Vorderzimmer. Die Wirtsleute wunderten sich zwar etwas über das seltsame Verhalten der Gäste, dachten aber doch an nichts Böses. Gestern morgen um 5 1/2 Uhr zogen die Leute aus, nachdem sie die Rechnung beglichen hatten. Ein Blattenwagen holte noch in ihrer Anwesenheit die beiden großen Koffer ab. Sie waren immer noch sehr schwer. „Stein“, der Wirt, der Kutscher und ein Begleiter hatten Mühe, sie hinauszutragen und zu verladen. In den beiden Zimmern war nicht zu sehen, daß sich irgendwas verändert hätte.

Sie blieben zunächst so liegen, wie sie verlassen worden waren. Um 9 Uhr kamen der Inhaber des Konfektionsgeschäftes und seine Leute, die alle Türen ordnungsmäßig verschlossen fanden. Drinnen aber sah es wüst aus. Einbrecher hatten unter der Wäsche, den Kleidern und den Stoffen gründlich aufgeräumt. Sie waren, wie jetzt festgestellt wurde, von dem Hinterzimmer des Pensionats durch ein Loch in der Decke heruntergekommen, hatten auch die Beute durch das Loch hinausgeschafft und in die Koffer gepackt. Ueber das Loch hatten sie wieder das vorher weggerückte Sofa gestellt, so daß oben nichts zu sehen war. Nach dem ganzen Befunde können „Stein“ und die „Markowitsch“ den Einbruch allein nicht ausgeführt haben. Sie müssen Helfershelfer in den Koffern mitgebracht und vor ihrer Abreise herausgelassen haben. Mitteilungen zur Aufklärung werden an die Dienststelle B. 5 der Kriminalpolizei erbeten. Das Fuhrwerk, das die Beute weggeschaffte, war ein gewöhnlicher mit einem braunen Pferd bespannter Blattenwagen, der Kutscher ein großer starker Mann mit einem gestutzten Schnurrbart.

Heimreise der Wolgadeutschen.

Auf Grund der Verordnung des Zentralvolkzugausschusses und des Rates der Volkskommissare der autonomen sozialistischen Räterepublik der Wolgadeutschen vom 5. April 1924 können wolgadeutsche Flüchtlinge, die während der Hungersnot 1921/22 das Gebiet der jetzigen Wolgarepublik ohne behördliche Erlaubnis verlassen haben, amnestiert und zur Rückkehr in ihre Heimat zugelassen werden, wenn ihre Anträge um die Rückkehrerlaubnis bis 9. Mai 1926 bei der Botschaft der U. S. S. R. in Berlin eingereicht werden. Neuerdings hat die Wolgarepublik die Bereitwilligkeit zur Übernahme auch aller anderen Wolgadeutschen erklärt, sofern ihre Rückwanderungsgesuche bis zum 9. Mai 1926, der Ablauffrist der Amnestieverordnung, eingereicht werden. — Alle in Deutschland lebenden Wolgadeutschen, die nach ihrer Heimat zurückkehren wollen, müssen daher sofort Rückwanderungsgesuche unter Beifügung von drei Passbildern für jede Person von 16 Jahren und darüber einreichen, und zwar beim Verein der Wolgadeutschen, Berlin W. 52, Schloß Bellevue, der für Weiterleitung der Gesuche und etwaige Ergänzung der Unterlagen Sorge tragen wird.

Eine „Landrudermaschine“.

Gestern nachmittag wurde auf der Ams das sogenannte Curry „Landstift“ der Presse und dem Publikum vorgeführt. Es handelt sich hierbei um eine von dem Arzt Manfred Curry erdachte Landrudermaschine, bei der das Rudernprinzip zum Antrieb verwendet wird. An einem leichten Aluminiumgestell sind vier normale Fahrradräder montiert, die natürlich in Augenhöhe laufen. Der Fahrer sitzt auf einem gepolsterten Korb und betätigt eine vorn angebrachte Freilaufbremse, die ihre Kraft auf die Vorderäder überträgt. Durch die rechte Fußplatte, die schwenkbar angebracht ist, werden die Hinterräder mittels Seilzug und gekoppelten Winkelhebeln gesteuert. Zum schnellen Stoppen der Fahrt ist eine kleine und einfache Handbremse, die auf an einem Bordrad angebrachtes Bremsrad wirkt, vorgesehen. Die Maschine dürfte sicherlich als Sportfahrzeug von großer Bedeutung sein. Ob sie sich, wie der Erfinder hofft, auch als Gebrauchsfahrzeug durchsetzen wird, erscheint fraglich, denn die Preise der ersten Maschinen sind relativ hoch, wenn man sie beispielsweise mit einem Motorrad vergleicht. Sicherlich wird die schon jetzt recht gelungene Konstruktion noch durch mancherlei Verbesserungen ausgestaltet werden. Wenn in den Prospekten übrigens eine Geschwindigkeit von 45 bis 50 Kilometer angegeben wird, so werden naive Gewitter glauben, daß man tatsächlich in einer Stunde diese erhebliche Strecke zurücklegen werde. Das ist natürlich ein Irrtum. Diese Geschwindigkeit wird nur in gewissen Augenblicken erreicht, die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt ganz erheblich unter dieser Zahl.

Immerhin ist das Gerät leistungsfähiger als ein Fahrrad, denn nach einigem Training wird man mit ihm Tagesstrecken von 100 bis 150 Kilometer ohne besondere Anstrengung zurücklegen können.

Englische Eisenbahnbeamte in Berlin.

100 englische Eisenbahnbeamte besichtigten das Ausbesserungswerk Brandenburg-West. Die Einrichtungen fanden ungeteilten Beifall der englischen Fachleute. Heute, Dienstag, besichtigten die Engländer die Lokomotivbauanstalt der AEG in Hennigsdorf, insbesondere auch die Signalfabrikation. Morgen, Mittwoch, wird den Engländern die modernste Rangiereinrichtung auf dem Bahnhof Wustermark vorgeführt werden und nach einer abschließenden Führung durch das Verkehrs- und Baumuseum in Berlin fahren die Engländer Mittwoch abend nach Dresden weiter. Wegen des damals drohenden und inzwischen ausgebrochenen Generalstreiks in England sind einige der Teilnehmer in ihre Heimat zurückgerufen worden.

Bankett für Amerikaner.

Dreihundert amerikanische Hotelbesitzer in Berlin, von ihren deutschen Ständegenossen mit gebührender Festlichkeit empfangen in der klassischen Stätte derartiger Dinge, dem großen Bankettsaal des Zoorestaurants. Unter den Männern herrschen die flüchtigen energischen Gesichter vor, nicht durchaus mit dem Typus dessen behaftet, was man bei uns „Hotelier“ nennt. Sie waren durch die vielen Besichtigungen schon ziemlich ermüdet, wandten sich aber heroisch den köstlichen Dingen zu, mit denen man ihrem Magen zu huldigen sich befließt. Reichs-, Staats- und städtische Behörden waren durch ihre Häupter vertreten. Der Außenminister Dr. Stresemann fand, kühnlich von den amerikanischen Gästen begrüßt, verständige und freundschaftserfüllte Worte. Er sprach von der Rot Europas, von der Einheit der Völker, die beinahe schon alle wollen, lobte die amerikanische Hotelgewerbe, pries seine Individualität und wandte sich gegen einen Welttrust der Hotels. „Grüßen Sie“, so sagte er wörtlich, „wenn Sie zurückkehren, den großen Repräsentanten Ihres Volkes, den Präsidenten Coolidge. Sagen Sie ihm, wie sehr wir ihm auch dankbar dafür sind, daß er uns Persönlichkeiten von der Bedeutung und dem Charakter eines Houghton und Schurman nach Berlin geschickt hat. Bewahren Sie auch dem, was Sie in Deutschland gesehen und erlebt haben, eine gute Erinnerung in Ihrem Herzen und lassen Sie uns so hoffen, daß Ihr Besuch in den Ländern des alten Erdteils mit einer Basis sein möge für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern der Erde.“ Der amerikanische Botschafter dankte dem Minister und im Namen der amerikanischen Gäste sprach Mr. Chauncey Gehring in launigen Worten von den Gefühlen der amerikanischen Gäste. Im Laufe des Abends wurde dann noch viel Herzliches geredet und wenn es nur darauf angekommen wäre, dann wäre heute aller Konfliktstoff endgültig aus der Welt geschafft.

Die Saarfrage.

Im Rahmen einer Tagung des Saargebietes im Hohenzollernsaal des Landwehrkasinos Charlottenburg sprach der ehemalige Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“ Boffelt über das Thema: „Wie steht es heute um die Saarfrage?“ Der Vortrag von Locarno hat keine Klärung gebracht. Ueberreifer Optimismus war nicht berechtigt. Trotzdem heute ein Kanadier Präsident des Saargebietes ist, zeigt sich im Grunde keine Änderung, denn die wichtigsten Ressorts, wie die der Finanzen und des Bergbaus, sind in den Händen des Franzosen Maurice verblieben. Nur die Methoden haben gewechselt. Als die Vorkämpfer Frankreichs nichts nutzten und die Bevölkerung in ihrer Treue zu Deutschland verharrte, also der französische Annektionismus gescheitert war, versuchte Frankreich, wenigstens so viel wie möglich aus dem Saargebiet für sich herauszuholen. Frankreich und die Saarregierung tun nichts für das Saargebiet. Alle Gelder mandern nach Frankreich, alle indirekten Steuern auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter gehen an Frankreich ab, hinzu kommen die Rückschickungssteuern des Grundertrags und die Vorzugspreise für die Bahnbeförderung der Saarkohle sowie eine weitgehende Zollbindung für französische Waren. Für das Saargebiet bleibt so gut wie nichts übrig. Unzureichende Sozialversicherung, ungenügende Entlohnung, die Inflation des französischen Franken zermürben die Bevölkerung. Das Saargebiet steht vor schwerer wirtschaftlicher Erschütterung, wenn Frankreich seine Saarpolitik nicht ändern wird.

Gesicht und Geschlecht. Auf Einladung der Physiognomischen Studiengesellschaft sprach am Sonnabendabend Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld im Ernst-Hädel-Saal in den Zeiten da über das Thema: „Gesicht und Geschlecht.“ Zu Beginn stellte der Redner bestimmte kritische Sätze über die Wechselbeziehungen von Physiognomie und sexus auf. So steht er der These von dem Rückschluß: Gesichtsbildung — Geschlechtlichkeit zweifelnd gegenüber. Jedenfalls hat Hirschfeld die Annahme nicht für bestätigt, z. B. von stark entwickelter Lippenbildung auf eine besonders rege Sinnlichkeit schließen zu können. Nach lebenden Demonstrationen zwischen geschlechtlicher Varianten, die Hirschfeld dem Material seines sexualwissenschaftlichen Instituts entnahm, ging der Vortragende im Detail an Hand von circa 50 Lichtbildern auf die physiognomische Auswirkung geschlechtlicher Anomalitäten, sogenannter Geschlechtsmischungen ein. Prägnante Beispiele der Homosexualität, des Trans- und Cisvestitaments sind physiognomisch für ein geschultes Auge sogleich erkennbar. In der anschließenden kurzen Diskussion betonte Dr. Cohn, der Vorsitzende der Gesellschaft, daß er Hirschfelds Standpunkt nicht ganz teile. Gemisse Gesichtsbildungen lassen keineswegs nur hypothetische Rückschlüsse auf die geschlechtliche Tätigkeit zu. Aus der Zuhörerreihe wurde sodann noch mit Recht auf die Bedeutung der Hände für die geschlechtliche Forschung hingewiesen.

Umfenkung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten an der Ecke Mauerstraße und Leipziger Straße werden in der Nacht vom 5. zum 6. Mai von 9 Uhr abends ab die Linien 40, 43, 60 und 72 durch die Charlottenstraße und von 12 Uhr ab die Linien 13, 69, 74, 78, 176, 88, 91 und 191 über Leipziger, Jerusalem, Zimmer-, Prinz-Albrecht- und Königgräber Straße, die Linien 40, 54, 60, 72 von der Charlottenstraße ab ebenfalls über Mauerstraße, Prinz-Albrecht-Straße, Königgräber Straße umgeleitet. Ebenfalls wegen Bauarbeiten in der Elbinger Straße, Ecke Anprodestraße, werden in der Nacht vom 6. zum 7. Mai von 1 Uhr ab die Wagen der Linien 4 und 9 ab Danziger Str. über Greifswalder Str., Königst., Am Friedrichshain, Anprodestraße, Elbinger Straße geführt.

Republikanische Rednerreise. Unentgeltliche Ausbildung zum Redner! Für Anhänger finden die Kurkurse abends Dienstag 8 Uhr statt. Aufnahme finden republikanische Genossen, die sich zum regelmäßigen Besuch der Abendkurse für ein Vierteljahr verpflichten. Restaurant „Alter Kabaner“ (kleines Zimmer), Anhaltstr. 11.

Für 100 000 Mark Grubenholz verbrannt. Durch Unvorsichtigkeit von Waldarbeitern brach in dem dem Freiherrn von Carnap-Hahnenfeld gehörenden Walde bei Bandenberg a. d. Warthe ein großer Brand aus, durch den 4000 Festmeter zugerichtetes Grubenholz ein Raub der Flammen wurden. Das Grubenholz war schon in das Eigentum der Rheinisch-Westfälischen Grubenholzeinkaufsgesellschaft übergegangen und soll nur zum geringen Teil verschont geblieben sein.

15 Personen bei der Einschiffung ertrunken. Im Hafen von Warna ereignete sich ein schweres Unglück. Bei der Einschiffung auf dem Dampfer „Sofia“ wurde ein Boot mit 15 Personen an Bord bei dem starken Wellengang abgetrieben. Es kenterte. 15 Personen, meist angesehene Bürger der Stadt Warna, ertranken im Meer. Die übrigen 20 konnten gerettet werden.

